

Bernd Henningsen (Berlin) über:

*Jana Sinram: Pressefreiheit oder  
Fremdenfeindlichkeit? Der Streit um die  
Mohammed-Karikaturen und die dänische  
Einwanderungspolitik. Frankfurt am Main:  
Campus 2015, 380 S.*

Nachdem die dänische Regierung und das dänische Parlament im Februar 2016 beschlossen hatten, ankommenden Flüchtlingen Wertsachen und Bargeld abzunehmen (als Teilkompensation für die Kosten, die diese Migranten verursachen würden), erregte dies internationales Aufsehen. Die New York Times nannte das Dekret »*Denmark's cruelty towards refugees*«. Eine solche Gaunerei war bisher nur den Nazis vorbehalten gewesen, und so wurde die neue Gesetzgebung auch in Teilen der dänischen Öffentlichkeit debattiert, als Überschreiten der Grenze von Fremdenfeindlichkeit zur staatlich verordneten Niedertracht. Den Zynismus der dänischen Migrationspolitik brachte Inger Støjberg, Integrationsministerin (sic!) und Mitglied der liberalen (sic!) Partei, ins Bild, als sie im Mai 2017 mit strahlendem Lächeln auf ihrer Facebook-Seite einen weiteren »Erfolg« ihrer Politik präsentierte: eine Sahnetorte mit der dänischen Fahne geschmückt und einer aufgespritzten 50: »Heute habe ich die Verschärfung Nr. 50 für den Bereich der Ausländer durchbekommen. Das soll gefeiert werden!« Am Ende des Jahres 2017 konnte die Ministerin, die manche für den dänischen Donald Trump halten, bereits 67 Verschärfungen (sog. »stramninger på udlændingeområdet«) melden; wenn man heute (April 2019) die offizielle Seite des Integrationsministeriums aufschlägt, dann stoppt ein »Verschärfungszähler« bei der Zahl 112.

Wer wissen will, warum und auf welche Weise das nette und gemütliche Dänemark, dem in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine vorbildliche Ausländerpolitik nachgesagt wurde, dessen Flüchtlingspolitik noch 1983 von der UN als nachahmenswert vorgestellt wurde, zur fremdenfeindlichsten Politik in Europa gefunden hat – neben Polen, Ungarn und weiteren osteuropäischen Ländern kaum beachtet –, wer wissen will, warum der »moderne Mythos vom kleinen toleranten Volk gestorben ist« (Jytte Klausen), der sollte unbedingt das zu annoncierende Buch zur Hand nehmen, es dürfte so schnell nicht veralten. Die bleibende Aktualität rührt nicht zum mindesten aus der – gelinde gesagt – dürftigen Forschungssituation zum Thema (die Verfasserin nennt sie »überschaubar«); Studierende beschäftigen sich immer mal wieder damit und verfertigen ihre Abschlussarbeiten, aber eine alle Aspekte berücksichtigende, solide Darstellung und Analyse, erst recht in deutscher Sprache, findet sich nicht.

## REZENSIONEN

Die Autorin, promovierte Politikwissenschaftlerin und Skandinavistin aus Münster, legt eine materialgesättigte Studie nicht nur zur so genannten Krise um die dänischen Mohammed-Karikaturen von 2005 vor, wie der Titel leider einschränkend suggeriert, sondern sie deckt die institutionellen, die politisch-sozialen, die ethnologischen und die medienrelevanten Aspekte des Themas ab. Sie stellt die in blutigen Exzessen gipfelnden Islam-Karikaturen in den Kontext einer Geschichte der dänischen Fremdenablehnung und -feindlichkeit, in die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge; nicht zuletzt auch bietet sie einen lesbaren Abschnitt zum theoretischen Bezugsrahmen, zur Konstruktion von Fremdbildern, zur Skandalisierung von sozialen Prozessen. Gelegentlich blickt sie nach Schweden, enthält sich aber ansonsten der Vergleichen. Die Vielfalt der abgehandelten Aspekte macht die Lektüre nicht einfach, aber jede Nutzerin, jeder Nutzer der Studie kann sich die interessierenden herausuchen.

Dem Karikaturenstreit (warum der Skandal diese bagatellisierende Überschrift bekommen hat, ist bis heute nicht geklärt) gibt Jana Sinram etwa zu einem Drittel der Studie Raum, er ist Ausgangspunkt der Untersuchung der dänischen Einwanderungspolitik und wird in einem langen Kapitel mit einer detaillierten Ausführlichkeit nachgezeichnet, wie man sie in der deutschen Fachliteratur dazu nicht findet. Leitende Frage ist die naheliegende: War die Veröffentlichung der zwölf Karikaturen in *Jyllands-Posten* 2005 eine Provokation um der Provokation willen oder war sie eine notwendige um der Presse- und Meinungsfreiheit willen. Die Autorin ist bei jeder ihrer Bewertungen von sympathischer Zurückhaltung, die zitierten Belege, die auf ersteres verweisen, haben allerdings eine große Evidenz: die Anti-Islam-Stimmung im Lande wurde unterfüttert mit falschen Zahlen, mit rhetorischen Eskapaden (auch im Parlament), mit gezielter politischer Propaganda. Die grundsätzliche Frage nach der Meinungs- und Pressefreiheit hätte bei einer stärkeren Beachtung juristischer Aspekte mehr Tiefe bekommen, hält sich doch in der skandinavischen Öffentlichkeit hartnäckig die Auffassung, dass die Meinungsfreiheit eine absolute ist wie im angelsächsischen Raum und keiner Beschränkung unterliegt, wie dies europäischer und skandinavischer Tradition entspricht (im Deutschen etwa durch die Kriminalisierung der »Auschwitz-Lüge« belegt).

Was der Titel der Studie nicht offenbart, was aber den besonderen Reiz ausmacht, das sind die Kapitel über die »Hintergründe« der dänischen Einwandererpolitik, das Agieren der Dänischen Volkspartei, die bei ihrer Gründung Anfang der siebziger Jahre noch Dänische Fortschrittspartei hieß und eine dezidierte Steuer-Rebellenpartei war; die lange Dauer der Einwanderungsdiskussion; die institutionellen Rahmenbedingungen der dänischen Politik; das Parteiensystem; das dänische Modell des skandinavischen Wohlfahrtsstaates – diese vielen Seiten eignen sich vorzüglich als Basistexte für den politischen Einführungsunterricht. Sie sind aber immer geschrieben mit dem Blick auf die Ausländerpolitik und die sie bestimmenden Aspekte. Unter dem Strich zeigen sie, dass die restriktive Migrationspolitik kein Ereignis war, das durch die Einwanderung aus nicht-westlichen Herkunftsländern provoziert war, sondern weiter zurückreicht – auch in Dänemark in Unkenntnis der tatsächlichen Zahlen und bei einer Gesamtzahl, die deutlich unter derjenigen vergleichbarer Länder liegt, etwa

## REZENSIONEN

Schweden oder Deutschland. Auch im dänischen Fall bestätigt sich die Beobachtung – je weniger Ausländer, desto größer ihre Ablehnung.

Jana Sinram stellt eingangs auch die geläufige Frage, warum Dänemark eine so andere, eine so restriktive Ausländerpolitik betreibt als zum Beispiel Schweden, warum der Multikulturalismus in Dänemark zu einem Schimpfwort geworden ist, in vergleichbaren Ländern aber nicht. Die gerne gegebene Antwort mit dem Hinweis auf eine Geschichte der Niederlagen greift, wie wir mittlerweile wissen, zu kurz. Der Konglomeratstaat Dänemark war in historischer Zeit immer ein multikultureller, multiethnischer, multilingualer. Insofern ist der Satz im Programm der Dänischen Volkspartei »Dänemark ist kein Einwanderungsland und ist es auch niemals gewesen«, schlichtweg falsch. Zu Dänemark gehörten die indigenen Dänen, Deutsche, Norweger, Isländer, Färinger, Grönländer, Juden, Roma, nicht zu vergessen die nicht-europäischen Menschen der überseeischen Kolonien in Afrika und Westindien. Xenophobische Strömungen hat es dabei immer gegeben, das Indignatengesetz von 1776, eine Art früheres Staatsangehörigkeitsgesetz, das sich vornehmlich gegen Deutsche in Politik und Verwaltung wandte, sie von Staatsämtern ausschloss, verweist auf eine lange Geschichte der Ablehnung »der Anderen«. In diese Richtung sollte zum Verständnis der dänischen Xenophobie gebohrt werden. Mit der Studie von Jana Sinram haben wir eine fundierte Studie, die in die Geschichte zurück verlängert werden sollte.



This article is an open access article distributed under the terms and conditions of the Creative Commons Attribution (CC BY) license which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>).